



Universität Jena · FMI · 07737 Jena

Präsidium der Friedrich-Schiller-Universität Jena
– Kopie an die Dekanate –

Jena, den 8. Oktober 2025

Erklärungen der IAGS und der UN-Untersuchungskommission zum besetzten palästinensischen Gebiet / Reaktion der Universität und ihrer Gremien

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Kanzler,
sehr geehrte Damen und Herren Vizepräsident:innen,

wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die International Association of Genocide Scholars (IAGS) am 31.08.2025 eine Resolution verabschiedet hat¹, in der sie erklärt:

„that Israel’s policies and actions in Gaza meet the legal definition of genocide in Article II of the United Nations Convention for the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (1948)“

Am 16. September erklärte die unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates zum besetzten palästinensischen Gebiet in ihrem Bericht²:

„The Commission finds that Israel is responsible for the commission of genocide in Gaza“

und

„The Commission recommended that Member States [...] ensure individuals and corporations in their territories and within their jurisdiction are not involved in aiding and assisting the commission of genocide or incitement to commit genocide; and take action on accountability through investigations and legal proceedings against individuals or corporations that are involved in the genocide directly or indirectly.“

Bereits zuvor kamen etliche namhafte Genozidforscher:innen nach eigenen Untersuchungen zu einem ähnlichen Schluss wie die IAGS und die UN-Untersuchungskommission.^{3 4 5 6 7} All dies gilt unbenommen der Tatsache, dass auch am 7.10.2023 schwere Völkerrechtsverbrechen durch palästinensische

¹<https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>

²<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/israel-has-committed-genocide-gaza-strip-un-commission-finds>

³<https://www.nrc.nl/nieuws/2025/05/14/zeven-gerenommeerde-wetenschappers-vrijwel-eensgezind-israel-pleegt-in-gaza-genocide-a4893293>

⁴https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2024/10/29/amos-goldberg-what-is-happening-in-gaza-is-a-genocide-because-gaza-does-not-exist-anymore_6730881_23.html

⁵<https://www.theguardian.com/world/article/2024/aug/13/israel-gaza-historian-omer-bartov>

⁶<https://edition.cnn.com/2025/07/20/world/video/gps0720-israel-gaza-genocide>

⁷<https://www.populismstudies.org/professor-schabas-us-germany-and-others-could-be-held-liable-as-accomplices-to-genocide-in-gaza/>



bewaffnete Gruppen begangen wurden, die nicht zu rechtfertigen sind, jedoch auch nicht als Rechtfertigung für die anhaltenden israelischen Völkerrechtsverbrechen herangezogen werden können.

Unabhängig vom Verdacht des Völkermords hat der Internationale Gerichtshof die israelische Besatzung des palästinensischen Gebiets als völkerrechtswidrig eingeordnet und daraus rechtliche Pflichten für Drittstaaten abgeleitet. UN-Menschenrechtexpert:innen erklärten dazu:⁸

„All States have a legal obligation to comply with the ICJ’s ruling and must promote adherence to norms that protect civilians. Therefore, States should: [...] 6. Cancel or suspend economic relationships, trade agreements and academic relations with Israel that may contribute to its unlawful presence and apartheid regime in the occupied Palestinian territory.[...]“

Vor diesem Hintergrund halten wir es für dringend geboten, an der Friedrich-Schiller-Universität

1. zu prüfen, ob und in welcher Form Zusammenarbeit zwischen der Universität und israelischen Organisationen besteht, die den Vorwurf einer auch nur indirekten Komplizenschaft an Völkermord, Kriegsverbrechen oder anderen Völkerrechtsbrüchen begründen könnten. Falls solche problematischen Kooperationen in Forschung, Lehre oder Verwaltung existieren, sollte versucht werden, die kooperierende Organisation von ihrer etwaigen Beteiligung an Völkerrechtsbrüchen abzubringen. Im Misserfallsfall sollten die Kooperationen, außer in Ausnahmefällen, umgehend ausgesetzt werden.
2. eine eigene, interdisziplinäre Taskforce zu gründen, die Möglichkeiten der kurzfristigen Unterstützung für die von Kriegsverbrechen und Völkermord bedrohten palästinensischen Wissenschaftler:innen und Studierenden eruiert.
3. zu prüfen, wie sich die Friedrich-Schiller-Universität durch Einbringen eigener Expertise an der Wiederherstellung des Lehrbetriebs an den zerstörten Universitäten in Gaza beteiligen kann.
4. zu prüfen, ob sich die Friedrich-Schiller-Universität durch Einbringen eigener Expertise an der Aufarbeitung der Völkerrechtsverbrechen in Gaza beteiligen kann.

Wir möchten Sie gerne bitten, in den Hochschulgremien unserer Universität eine Diskussion über die Verpflichtungen, die sich für die Friedrich-Schiller-Universität aus dem Verdacht des Völkermords ergeben, anzustoßen und zu moderieren.

Für Rückfragen und Austausch stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit kollegialen Grüßen

[Redacted signature block]

⁸<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2024/09/un-experts-warn-international-order-knives-edge-urge-states-comply>